Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

Was der Staat an seinen Christen hat

DIE ENTFALTUNGSCHANCEN DER RELIGIÖSEN KULTUR ALS POLITISCHE AUFGABE

Staat und Kirche in Deutschland teilen derzeit ein Schicksal: in ihrem Wesen zunehmend missverstanden, mit ihren Forderungen zurückgewiesen und in ihrem Ansehen demontiert zu werden. Das Vertrauen in die Kirchen ist ebenso dramatisch gesunken wie in fast alle staatlichen Institutionen. Der Trend zu "Volkskirchen ohne Kirchenvolk" wird vom Aderlaß der Volksparteien prozentual noch übertroffen.

Wer sich in ihnen engagiert, dem unterstellt eine Bevölkerungsmehrheit eigennützige Motive und eine Abkoppelung von den Interessen der Bürger – vergleichbar dem Vorwurf des Realitätsverlustes und der Arroganz der Macht an die (katholische) Kirchenhierarchie (obwohl der evangelischen ihre Schäfchen in den letzten Jahren fast doppelt so zahlreich davonliefen).

Die verbreitete Permissivität reibt sich nicht nur an kirchlichen Morallehren, sondern missachtet auch zunehmend das staatliche gesetzte Recht als „ethisches Minimum" (Georg Jellinek). Die Zahl der Straftaten in Deutschland hat sich im Zeitraum eines Generationswechsels verdoppelt, die Nachsicht gegenüber und die Bereitschaft zu diversen Formen der sogenannten Alltagskriminalität wächst: Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug, Schwarzfahren, Missbrauch von Sozialleistungen, Korruption und die „Privatisierung" von Büromaterial haben laut Statistik und Demoskopie ein milliardenschweres Ausmaß erreicht. Besonders beängstigend sind zuletzt die Gewalt- und die Kinderkriminalität angestiegen. Aber auch die demonstrative Verweigerung des Rechtsgehorsam mit gutem Gewissen grassiert und wird regelmäßig durch Medienaufmerksamkeit, häufig durch Politikerpräsenz und meistens durch richterliches Pardon „geadelt". Inzwischen haben auch die Kirchen – die evangelische schon in den achtziger Jahren, die katholische erst nach der Ära ihres Kardinals Joseph Höffner (etwa im neuen deutschen Katechismus) – den zivilen Ungehorsam moralisch aufgewertet. Das „Anliegen" wird wichtiger als die demokratisch-regeltreue Form seiner Durchsetzung. Vorläufiger Kulminationspunkt: der „Widerstandskampf" gegen die CASTOR-Transporte.

Krise der Staatsgesinnung

Bei der staatsbürgerlichen Partizipation verdrängt spontanes Verhinderungsengagement das dauerhafte Gestaltungsengagement, ohne welches die Demokratie ihre Aufgaben nicht meistern kann. Die Verweigerung einer investiven oder zumindest affirmativen Einstellung zum Staat schließt eine konsumtive Anspruchshaltung nicht aus: Forderungen an den Staat werden forsch formuliert und – wie beim jüngsten Bergarbeiteraufmarsch in der Bonner Bannmeile – rabiat durchgesetzt. Josef Isensee hat die ganze Misere neudeutscher Staatsgesinnung schon vor Jahren auf den Nenner gebracht: „Die ethischen Voraussetzungen der Regierbarkeit des demokratischen Gemeinwesens drohen zu zerfallen. Der grundgesetzliche Staat erscheint seinen offenen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

und seinen sublimen Verweigerern wie eine fremde Eroberer- und Kolonialmacht, zu der man – rechtsstaatlich – auf Distanz geht, die man – sozialstaatlich – ausbeutet und auf die man – demokratisch-partizipatorisch – Einfluss nimmt, aber der zu dienen ehrenrührig ist".

Die Lage des Staates erscheint insofern prekärer als die der Kirche, weil diese, nach 2000jähriger wechselvoller Geschichte im internationalen Maßstab weiterhin wachsend und vital, regionale und temporäre Dekadenzerscheinungen zwar besorgt, aber ohne Existenzangst betrachten kann: „…und die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen" (Mt 16,18). Die geistliche Auszehrung und Schrumpfung der Kirchen in Deutschland wird sie allenfalls in eine andere gesellschaftliche, ökonomische und staatsrechtliche Existenzform überführen, wobei die Verschlechterung dieser profanen Rahmenbedingungen sogar die notwendige Rückbesinnung auf die eigene spirituelle Identität befördern kann. Traurig bliebe allerdings für die Kirche, dass ihre Frohe Botschaft viele Menschen nicht mehr erreichen würde, die heute durch die volkskirchlichen Strukturen auch ohne eigene Initiative wahrscheinlich irgendwann mit Kirche in Kontakt kommen. „Klein, aber fein" darf deshalb für die Christengemeinden in Deutschland keine Devise werden. Um der Menschen willen gibt es gute Gründe, auch eine Minderheitenkirche konzeptionell als Volkskirche zu positionieren, also als eine „Gehhin-Kirche" (J. Kardinal Höffner), die sich auch mit weniger hauptamtlichem Personal um eine möglichst „flächendeckende", auch institutionell gesicherte Präsenz in der säkularen Gesellschaft bemüht – etwa in Schulen, Universitäten, Funkhäusern, Armee, Verbänden, Sozialeinrichtungen -, und die auch durch öffentliche Diskussionsbeiträge am gesellschaftlichen Leben teilnimmt.

Der demokratische Staat hat im Unterschied zur Kirche keinerlei Existenzgarantie, seine Überlebensbedingungen sind weniger variabel. Er kann nicht wie die Kirche von einer „kleinen Herde" erhalten werden, sondern setzt die Unterstützung und das Ethos einer Mehrheit voraus und lebt damit "von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist" (Ernst Wolfgang Böckenförde). Wo Bürgerloyalität und Bürgeraktivität versiegen, Anspruchshaltungen aber fortbestehen, ist der „Staatsinfarkt" (Manfred Hättich) der Demokratie vorgezeichnet. Kein Wunder, daß diese Staatsform, historisch wie geographisch betrachtet, immer noch eher die Ausnahme als die Regel ist.

Konflikt(begrenzung) zwischen Staat und Kirche

Mit der Entchristlichung Deutschlands sinkt auch die Zahl der Christen in politischer Verantwortung und wächst insofern die Wahrscheinlichkeit von Differenzen zwischen Kirche und Staat. Manches Konfliktpotential mag zur Zeit nur deshalb ruhen, weil die traditionell kirchenfreundlicheren Christdemokraten noch die Bundespolitik dominieren. Andererseits könnten zwei Institutionen, denen es gleichermaßen schlecht geht, eher geneigt sein, zusammenzurücken. Beide Tendenzen sind derzeit zu beobachten: Den Streitigkeiten um die Abschaffung kirchlicher Feiertage, die Aushebelung des Religionsunterrichts, die Entfernung von Schulkreuzen sowie um die Abtreibungsregelung oder das „Kirchenasyl" steht die Zurückhaltung aller Parteiführungen gegenüber, wenn Hinterbänkler in laizistischem Eifer wieder einmal die Abschaffung der Kirchensteuer oder überhaupt eine striktere Trennung von Kirche und Staat fordern – ganz abgesehen von Torheiten einzelner Abgeordneter wie der Forderung nach Priesterweihe für die Frau im Namen des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung. Und als das Kirchenpapier zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland 1997 erschien, wurde es „totgelobt" statt offen kritisiert, obwohl es dazu genug Angriffsflächen bot. Politiker, zumal wenn sie 40 Prozent der Wählerstimmen anstreben, sind offenbar noch immer gut beraten, sich nicht allzu deutlich in Widerspruch zu einer Institution zu präsentieren, die sonntags mehr Menschen auf die Beine bringt (über 7 Mio.) als der Deutsche Fußballbund. Der Popularitätsrutsch des Bundesverfassungsgerichts nach dem Kruzifix-Urteil mahnt. Auch viele kirchenferne Christen zeigten hier einen Reflex

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

des religiösen Empfindens oder vielleicht auch nur der Vernunfteinsicht, dass letztlich nicht die Kirche das Sinnbild des Christlichen in den Schulen brauche, sondern der Staat.

Das Christentum als "sittliche Grundlage des Staates"

Staat und Parteien haben jenseits solcher Opportunitätserwägungen aber viel tiefere Gründe, pfleglich mit den Kirchen umzugehen. Denn diese stellen immer noch die wichtigste Instanz kollektiver sittlicher Orientierung im Lande dar. Schon die Gründerväter der Republik bauten 1949 auf der Überzeugung deutscher Widerstandskreise auf, „dass das Christentum die sittliche Grundlage des Staates abgeben sollte" – wie es der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner in einem Bericht an Reichsleiter Bormann über die „konfessionellen Bindungen und kirchlichen Beziehungen der Verschwörerclique vom 20.7." festgestellt hatte. Dieser Befund spiegelte eine Erklärung des Kreisauer Kreises zum Verhältnis von Staat und Kirche wider, in der es hieß: „Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenleben der Völker". Dementsprechend billigten die Überlebenden der antichristlichen Diktatur den Kirchen in der Bundesrepublik einen Status zu, der sie weit über normale gesellschaftliche Verbände hinaushebt und ihnen die denkbar günstigsten Wirkungschancen in die Gesellschaft hinein eröffnet. Dies meint in erster Linie eine innerliche Wirkung auf die menschliche Herzens-, Gewissens- und Persönlichkeitsbildung und auf die praktisch-politische Vernunft, die aus einem realistischen Menschenbild erwächst.

Daneben sind die äußerlich sichtbaren, quasi halbamtlichen sozialen Werke der Kirchen nur – wenn auch wichtige – institutionelle Ableitungen. Wenn die gesinnungsprägende Kraft des Christentums sich verlöre, würden diese gesellschaftlich nach wie vor erwünschten Sozialdienste der Kirchen bald ununterscheidbar von denen des Staates und dann – zu Recht – ganz verschwinden. Worin bestehen aber im Einzelnen die sozialethischen Orientierungsleistungen des Christentums für unser demokratisches Gemeinwesen? Die wichtigsten seien in sieben Thesen benannt.

Erstens: Christen sehen sich durch die Idee der Geschöpflichkeit und Gottesebenbildlichkeit des Menschen in besonderer Weise den Fundamentalgeboten von Würde und Recht des Menschen verpflichtet. Dies erweist sich vor allem in den Fragen der Unantastbarkeit menschlichen Lebens.

Ein empirisches Indiz dafür mag man darin erkennen, dass religiöse Menschen Abtreibung, Euthanasie und private Gewaltanwendung entschiedener ablehnen als nichtreligiöse.

Historische Indizien hat unser ausgehendes Jahrhundert mit dem menschenverachtenden Terror, Rassen- und Klassenhass und Massenmord zweier antichristlicher Ideologien wohl drastisch genug geliefert. So erklärte 1993 der Dresdner Bischof Joachim Reinelt: „Wer Gott aus den Herzen der Menschen reißt, weckt die wölfischen Instinkte. Wer einmal miterlebt hat, was die Idee bewirken kann, dass am Anfang nicht der Logos, sondern die Materie steht, hat keine Lust, die Konsequenzen aus diesem Irrtum noch einmal zu tragen".

Zweitens: Die in der jüdisch-christlichen Tradition enthaltene Normativität – Zehn Gebote, Seligpreisungen, Tugendlehre – erzieht zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich.

Christlich sozialisierte Menschen werden insofern im demokratischen Rechtsstaat mit größerer Wahrscheinlichkeit pflicht- und verantwortungsbewusste Bürger sein. Sie bestätigen noch heute die alte Monarchen-Weisheit, dass „tausend Schwarze zehntausend Grüne ersetzen", was nichts mit unserer politischen Farbenlehre zu tun hat, sondern ausdrücken will: Tugend und Moral predigende Pfarrer machen ein Vielfaches an Polizei entbehrlich. In der Tat zeigen Al-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

lensbacher Umfragen: Sowohl illegale Protestformen als auch die Delikte der sogenannten "Alltagskriminalität" – Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug, Schwarzfahren und der Missbrauch von Sozialleistungen – werden mit wachsender Nähe zur Kirche entschiedener abgelehnt. Der Vorsprung praktizierender Christen gegenüber konfessionslosen Bürgern beträgt hierbei zwischen zehn und 30 Prozent. Ähnlich drastische Unterschiede ergeben sich in der Unterstützung von Handlungsmaximen wie „immer die Wahrheit sagen", "bescheiden sein", „höflich zu anderen sein", „Dankbarkeit zeigen", „auch mal verzichten können", „anderen vergeben": kirchlich gebundene Jugendliche machten sich diese Grundsätze um durchschnittlich 16 Prozentpunkte häufiger zu eigen als Gleichaltrige ohne Kirchenbindung. Zugleich erklären sie viel häufiger, mit den Wert- und Moralvorstellungen ihrer Eltern übereinzustimmen. Mit der Nähe zur Kirche wächst auch die Bereitschaft, den Mitmenschen gewissermaßen einen Vertrauensvorschuss zu geben. Auf die Indikatorfragen: „Glauben Sie, dass es mehr böswillige als gutwillige Menschen gibt?" und „Glauben Sie, daß man den meisten Menschen vertrauen kann, oder kann man da nicht vorsichtig genug sein?", wählen kirchenverbundene Christen zu etwa zehn Prozent häufiger als andere Befragte die optimistische Antwort.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Dies alles heißt natürlich nicht, dass ein Mensch ohne Gottesglauben kein rechtschaffener oder vorbildlicher Bürger sein könnte. Demoskopie macht Aussagen über alle, nicht über jeden. Fraglich ist jedoch, wohin eine ganze Gesellschaft driftet, wenn sie den Anker lichtet, den das Grundgesetz in seiner Präambel mit der „Verantwortung vor Gott" geworfen hat. In diesem Sinne fand auch Joschka Fischer zu der uralten Einsicht zurück: „Eine Ethik, die sich nicht auf die tiefer reichende, normative Kraft einer verbindlichen Religion [...] stützen kann, wird es schwer haben, sich in der Gesellschaft durchzusetzen und von Dauer zu sein. [...] Das offene Glaubensproblem der Moderne wird sich nicht durch eine handlungsorientierte Verantwortungsethik auflösen lassen, wie sie Hans Jonas versucht hat, denn ihre gesellschaftliche Wirkung könnte sie erst auf dem Hintergrund neuer und akzeptierter religiöser Tabus und davon abgeleiteter Normierungen entfalten. Eine Verantwortungsethik ohne religiöse Fundierung scheint [...] in der Moderne einfach nicht zu funktionieren" (Die Linke nach dem Sozialismus, 1992).

Drittens: Der Gedanke der Bewährung vor Gott unterstützt verantwortliche Leistungsbereitschaft; Solidarität und Gemeinwohldenken werden von den Geboten der Nächstenliebe inspiriert.

Die anspruchsvolle Auffassung: „Ich will nicht fragen: Was tut der Staat für mich, sondern: Was tue ich für den Staat" wurde bei einer Allensbacher Umfrage (1992) immerhin von 26 Prozent der kirchennahen Christen, aber nur von 15 Prozent der Bürger ohne Konfession geteilt. Eine andere Frage lautet: „Zwei Menschen unterhalten sich über das Leben. Der erste sagt: ‚Ich möchte mein Leben genießen und mich nicht mehr abmühen als nötig. Man lebt schließlich nur einmal, und die Hauptsache ist doch, dass man etwas von seinem Leben hat.' Der Zweite sagt: ‚Ich betrachte mein Leben als eine Aufgabe, für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze. Ich möchte in meinem Leben etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist.' Was meinen Sie: Welcher von diesen beiden macht es richtig, der erste oder der zweite?" Kirchennahe Christen sprechen sich mit deutlicher Mehrheit (etwa 45 zu 25 Prozent) dafür aus, das Leben als eine Aufgabe zu betrachten, für die der Einsatz aller Kräfte lohnt; bei den Konfessionslosen ist es genau umgekehrt: Sie optieren in ihrer absoluten Mehrheit (55 zu 20 Prozent) für die hedonistische Antwort: "das Leben genießen und sich nicht mehr abmühen als nötig".

Christentum und politische Kultur

(8) Christentum und demokratischer Rechtsstaat sind in fundamentalen Lebensinteressen aufeinander bezogen. Die geschichtlichen und sachlichen Gründe für diese Beziehung bedürfen der sorgfältigen Prüfung. Im Blick auf die Zukunft aber ist mehr verlangt. Es reicht nicht aus, gewonnene

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

materielle Besitzstände zu bewahren. In Zeiten tiefgreifender Veränderung ist es notwendig, die Aufmerksamkeit für die unaufgebbaren geistigen Besitzstände wachzurufen. Das wird verkannt, wo man die Zeit für eine Auflösung und Aufkündigung des Zusammenhangs von Christentum und demokratischem Rechtsstaat gekommen sieht. Weder der Ruf nach einem „christlichen Staat" oder einer weltanschaulich geschlossenen Gesellschaft noch der Ruf nach einer Trennung von Christentum und Kultur oder einer Scheidung von Christentum und Gesellschaft sind tragfähige, zukunftsweisende Konzepte. Die Prägekraft des Christentums gehört nicht ins Museum oder in den privaten Winkel. Sie hat auch nichts mit kirchlichen „Privilegien" zu tun. Vielmehr ist es an der Zeit, eine neue Diskussion zu führen über den Zusammenhang von Christentum und politischer Kultur und über dessen Konkretion im Verhältnis von Kirche und demokratischem Rechtsstaat.

(50) Mit Spannungspunkten, wie sie am Beispiel des Gottesbezuges in der Präambel des Grundgesetzes sichtbar werden, leben wir in unserer Verfassungsordnung und werden das, mit gelegentlicher zeitgemäßer Verständnisklärung, auch künftig tun. Wir stellen uns der Aufgabe und Herausforderung, dass Öffentlichkeit und Politik sich der Mobilisierung weiterer christlicher Prägekraft nicht widersetzen, sondern deutliche und hilfreiche Beiträge zur Entwicklung ethischer Maßstäbe im Umgang mit schwierigen Gegenwartsfragen von Kirchen und Christen sogar ausdrücklich anfordern. Dass solche Beiträge nicht kirchlichem Machtstreben, sondern dem Bemühen um das Wohl der ganzen Gesellschaft unter Einschluss der Nichtchristen dienen, entspricht den Erwartungen an die Kirchen. Sie nach bestem Vermögen zu erfüllen entspricht dem kirchlichen Auftrag. Dieser Wirkungszusammenhang ist Ausdruck jener geschichtlichen Gegebenheiten, die die Präsenz des Christentums in der Gestaltung des staatlichen Zusammenlebens auch gegenüber Nichtchristen legitimieren und zumutbar machen.

(51) Der Staat des Grundgesetzes und die großen christlichen Kirchen haben in ihren vielen Berührungspunkten und vielfältigen Kontakten Beziehungen zueinander weitergeführt und entwickelt, die von kritischen Beobachtern der religiösen Neutralität des Staates beanstandet werden. Die christlichen Kirchen würden begünstigt und bevorzugt, so lauten die von Zeit zu Zeit geäußerten Einwände. Die Antworten gehen zumeist dahin, dass die tatsächlichen Verhältnisse, die Größe und die gesicherte Verfasstheit der Kirchen Voraussetzungen für die Beziehungen und Zusammenarbeit schafften, die bei anderen Religionsgemeinschaften nicht in dieser Weise gegeben seien. Auf besondere Inhalte christlichen Glaubens und Bekenntnisses wird dabei nicht abgestellt.

(53) Es ist keine grundlose Ungleichbehandlung anderer Religionsgemeinschaften oder gar eine Diskriminierung, wenn der Staat in der Gestaltung seiner Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen der Erfahrung Rechnung trägt, dass diese zu seinem Bestand an Werten und zum gedeihlichen Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger unvergleichlich viel beigetragen haben und weiterhin beizutragen bereit sind. Dazu gehören Demokratienähe, der Toleranzgehalt des Christentums [...] und die Verpflichtung auf Freiheit und Gleichheit der Menschen ebenso wie die nachhaltige Förderung und Stärkung der Gemeinschaftsfähigkeit durch die Kirchen. Ohne eine solche kann eine freie Gesellschaft die Kraft für die Erfüllung ihrer Aufgaben und die Bewältigung ihrer Konflikte nicht aufbringen.

(56) Der Auftrag der christlichen Kirche ist es, unbeirrt durch wechselnde geschichtliche Umstände und kulturelle wie politische Zeitlagen das Evangelium zu verkündigen, von dem die Christen aller Zeiten Hilfe im Leben und Sterben erwarten, und zwar nicht nur für sich, sondern für alle Menschen. Das Wort vom Kreuz (1. Kor 1,18), auf das das sichtbare Zeichen des Kreuzes verweist, ist nach neutestamentlichem Zeugnis das Evangelium von Jesus Christus, „der um unserer Sünden willen dahingegeben und um unserer Rechtfertigung willen auferweckt worden ist" (Röm 4,25).

(59) Die Prägekraft des Christentums verweist auf Tiefendimensionen unserer Kultur,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

die in einer Welt, die sich durch eine hohe Veränderungsdynamik auszeichnet, leicht vergessen und verdeckt werden. Die außerhalb der Kirchenmauern (extra muros ecclesiae) lebendigen Wirkungen des Christentums sollte die Kirche darum konstruktiv begleiten, auch wenn sie nicht in den Formen kirchlichen Handelns auftreten.

(63) Die öffentliche Bedeutung des christlichen Glaubens bezieht sich insbesondere auf diejenigen gesellschaftlichen Lebenseinstellungen, von denen Grundorientierungen für das persönliche Leben ausgehen. Das Wort vom Kreuz prägt für den christlichen Glauben weiterhin die Werte der Kultur und die Wertungen, die für die Lebensgestaltung des Menschen maßgeblich sind – durchaus auch mit einer „Umwertung aller bisherigen Werte". Die Kirche weiß sich darum für die Deutung der aus dem Christentum hervorgegangenen kulturellen und gesellschaftlichen Werte und Grundüberzeugungen verantwortlich, in denen diese Lebenseinstellungen geformt und praktisch werden.

Quelle: Über das Verhältnis des demokratischen Rechtsstaates zum Christentum. Eine Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD-Texte 63, 1997.

Was die praktische Solidarität betrifft, so stellte die Altruismusforschung in verschiedenen Ländern eine starke Wertschätzung des Helfens bei religiösen Personen fest. In den USA erklärten Befragte, die einen tiefen religiösen Glauben bekundeten, zu 89 Prozent, die Unterstützung von Notleidenden sei sehr wichtig. Die Zahl sank auf 52 Prozent bei jenen, denen der Glaube wenig oder nichts bedeutete. Mitglieder von Glaubensgemeinschaften – Kirchen und Synagogen – gaben deutlich häufiger (zu 80 Prozent) als Nichtmitglieder (zu 55 Prozent) an, für wohltätige Zwecke Geld zu spenden und ehrenamtliche Aufgaben übernommen zu haben (Mitglieder: 51, Nichtmitglieder: 33 Prozent).

Viertens: Der christliche Gedanke der Weltüberwindung (Joh 16,33) und der Geborgenheit im Letzten setzt jene Gelassenheit im Vorletzten frei, die zum unaufgeregten Engagement und zum Widerstand gegen ideologische Heilsangebote und politischen Radikalismus befähigt. Dies zeigt sich in der Bundesrepublik bei der Wahl radikaler politischer Parteien. Dass Christen eine geringere Neigung zur postkommunistischen PDS aufweisen, mag kaum überraschen. „Nie an den sozialistischen Staat geglaubt" zu haben, erklärt jeder zweite ostdeutsche Katholik, jeder dritte Protestant, aber nur jeder fünfte Konfessionslose. Dass aber die "Republikaner" mit ihrem Appell an rechtskonservative Motive bei den kirchennahen Christen nur weit unterdurchschnittliche Zustimmung fanden (Sympathisanten im Bevölkerungsdurchschnitt 1992: 5 Prozent, Katholiken: 1,8 Prozent, Protestanten: 2,3 Prozent), wird wohl manchem Klischee – jedenfalls von katholischer Kirche – zuwiderlaufen.

Der Ablehnung radikaler politischer Parteien und Ideologien entspricht die Bejahung der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland: Dreiviertel der kirchennahen Christen halten sie für „wert, verteidigt zu werden", aber nur knapp die Hälfte der Konfessionslosen.

Fünftens: Die christliche Einsicht in die Fehlerhaftigkeit und Schwachheit der menschlichen Natur macht vor überzogenen Ansprüchen an Politik und Politiker gefeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag gegen die Politikverdrossenheit.

Dies zeigt sich schon an der höheren Wahlbeteiligung aktiver Christen. Auch pauschale Negativurteile über „die" Politiker unterstützen sie seltener, und Protestparteien wie die Statt- Partei fanden bei ihnen geringere Resonanz. Dies verwundert nicht. Denn wenn der Christ einerseits auf das ursprünglich und potentiell Gute im Menschen vertrauen darf und soll, und enttäuscht wird, kann seine Reaktion trotzdem maßvoll ausfallen, weil ihn das Böse andererseits nicht unerwartet, unerklärbar und ungetröstet trifft; und den Übeltäter kann er schon deshalb nicht allzu rigoros verurteilen, weil er die Erkenntnis, dass "alle zumal Sünder und Böse" (Martin Luther) sind, stets auch auf sich selbst beziehen muss. Das lässt vorsichtiger urteilen, auch gegenüber Politikern, die im Flutlicht der demokratischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DORTMUND
ANDRES PÜTTMANN
Mai 2006

www.kas.de/dortmund
www.kas.de

Öffentlichkeit ihre Fehltritte nur schwer verbergen können. Um es mit einem „altmodischen" Wort auszudrücken: Christlicher Demut ist selbstgerechtes Schwarzweißdenken fremd. Sie hat davon auszugehen, dass wir alle „Zebras" sind (Joachim Kardinal Meisner).

Sechstens: Christlichem Patriotismus bleibt gegenüber dem wieder aufkeimenden Nationalismus gewahr: Es gibt wesentlichere Bande zwischen den Menschen als die der Nation. Nicht, dass Christen „vaterlandslose Gesellen" wären. Zwar heißt es im Philipperbrief (3,20) durchaus provozierend: "Unsere Heimat aber ist im Himmel", womit alle irdischen Bindungen und Behausungen relativiert wären. Doch auf die Frage: "Würden Sie sagen, dass Sie alles in allem Ihr Land – Deutschland – lieben, oder würden Sie das nicht sagen?", wählen über 80 Prozent der Protestanten und Katholiken die patriotische Antwort, zehn Prozent mehr als von den Konfessionslosen. Aktive Christen, insbesondere der „ultramontanen" katholischen Konfession, sind allerdings auch der europäischen Integration überdurchschnittlich freundlich gesinnt. Und sie müssen geradezu prädisponiert sein, über das nationale Gemeinwohl hinaus auch ein europäisches Gemeinwohl und ein Weltgemeinwohl anzunehmen und anzustreben. Denn für den Christen ist der Nächste eben nicht der Volksgenosse, sondern der ihm jeweils begegnende, von Gott anvertraute Mitmensch, zuvörderst freilich der christliche Bruder und der Notleidende diesseits und jenseits politischer Grenzen.

Siebtens: Die Frohe Botschaft des Christentums, ihre befreiende, die irdische Endlichkeit überschreitende Hoffnung, begründet eine zufriedenere und optimistischere Lebenseinstellung.

Nicht zu Unrecht gilt der Christ im Vergleich zum Atheisten in der Bevölkerung als fröhlicherer, zufriedenerer Mensch. Tatsächlich zeigte Gerhard Schmidtchens Jugendstudie 1992: „Das persönliche Zukunftsvertrauen der aktiven Christen ist im Durchschnitt etwas größer. [...] Dass die Arbeit interessant sei, ist von ihnen etwas überdurchschnittlich zu hören. Das Lebensgefühl tendiert stärker zum Positiven als das der übrigen, und aktive junge Christen beschreiben ihren Gesundheitszustand tendenziell positiver" (den die Deutschen übrigens im Vergleich zu anderen Völkern als relativ schlecht einschätzen). Zu den sozialethischen Schlussfolgerungen der Studie zählt auch die Einschätzung, „dass eine am christlichen Menschenbild orientierte Erziehung weniger den larmoyanten Typ hervorbringt, der lediglich über die Verhältnisse klagt, statt sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und auch die eigenen Fehler und Versäumnisse einzugestehen. Die im Kontext der kirchlichen Soziallehre vertretene Theorie einer subsidiären Gesellschaft, die zunächst die Aktivierung der eigenen Kräfte verlangt, bevor man nach dem Staat ruft, zeigt sich hier als besonders wirksam".

„Die Christen müssen sich engagieren"

Grund genug also, Hermann Ehlers' Einschätzung zuzustimmen: „Der Staat lebt nicht nach den Weisungen der Kirchen, aber von den Früchten ihrer geistlichen Existenz". Eine Politik, die die gesellschaftlichen Wirkungschancen der christlichen Kirchen beschnitte, sägte deshalb an dem Ast, auf dem alle Bürger, Christen wie Nichtchristen, sitzen. Diese Einsicht müsste jedem rational denkenden Menschen vermittelbar sein. Sie bedeutet – wie schon oben erklärt – keine Abwertung des einzelnen Atheisten oder Agnostikers. Für den Gläubigen hat die gemeinwohlorientierte, pflichtbewusste und altruistische Lebenseinstellung allerdings einen zusätzlichen, tieferen – weil außerhalb seiner Person zu verortenden – Geltungsgrund. Wohl in diesem Bewusstsein gab Konrad Adenauer im März 1961, von einer Gruppe führender Kirchenvertreter auf das „verblassende C" in seiner Partei angesprochen, die Devise aus: „Die Christen müssen sich engagieren, viele andere müssen uns wählen. Vor allem müssen Christen führen".

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 34 (1997), H. 4, S. 65 - 74.